

Polen auf dem Weg zur Marktwirtschaft

Prof. zw. Dr. hab. Hubert Bronk¹

Universität Szczecin, Polen

1. Die ökonomische und soziale Lage

1.1 Das politische und gesellschaftliche Klima für Systemveränderungen

Nach zehn Jahren Systemtransformation in Polen ist es Zeit, um über die Erfolge und die Fehler nachzudenken. In der aktuellen Diskussion über die Wirtschaftslage und die Auswirkungen der getroffenen Maßnahmen zur Transformation des polnischen Wirtschaftssystems fällt vor allem die Unsicherheit und die Gegensätzlichkeit der Beurteilungen auf. Die Gesellschaft muß sich mit Einschätzungen und Prognosen auseinandersetzen, die sehr weit auseinander liegen. Einerseits wird ein baldiger Wirtschaftsaufschwung und Wohlstand prognostiziert. Andererseits gibt es extrem negative Prognosen, die einen wirtschaftlichen Zusammenbruch vorhersagen.

Der Mehrheit der Beurteilungen des polnischen Reformprozesses ist der Vorwurf zu machen, daß sie die wirtschaftliche Lage aus der kurzfris-

¹ Prof. dr hab. Hubert Bronk, University of Szczecin (Poland), Faculty of Management and Service Economics; Vorlesungen: Betriebswirtschaftslehre, Transportwirtschaft und Makroökonomie

tigen Perspektive betrachten. Den Beurteilenden fehlt die entsprechende Erfahrung, die notwendig wäre, um die ökonomischen Prozesse aus der langfristigen Perspektive zu beurteilen. Die tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltungen vollziehen sich nur schleppend und zeigen ihre Wirkungen nur langfristig. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Maßnahmen zehntausende Unternehmen und Millionen von Menschen betreffen, die einerseits ihr Eigeninteresse und ihre Gewohnheiten haben und andererseits ihre Handlungs- und Lebensweisen den in der Vergangenheit entstandenen Strukturen angepaßt haben.

Eine Schwäche des polnischen Reformprozesses ist die Disproportion zwischen der politischen und der ökonomischen Komponente beim Aufbau der Marktwirtschaft. Die in Polen getroffenen Maßnahmen zur Verzögerung der im Rahmen der Wirtschaftsreform notwendigen politischen Veränderungen haben sich nicht bewährt. Diese Maßnahmen führten zu ähnlichen Ergebnissen, wie das Einfrieren der Löhne und Preise, das die Inflation nicht an den Quellen bekämpfen konnte.

Die Schwächen des Transformationsprozesses zeigen sich ferner an der Konzentrierung auf die inländischen Problembereiche. Zu wenig Bedeutung wird der Gewinnung ausländischen Kapitals für Investitionen in Polen und der Stärkung der Position der polnischen Unternehmen auf dem Weltmarkt beigemessen. Der Aufbau der Marktwirts-

chaft erfordert nicht nur die Stimulierung des Wettbewerbs im Inland, sondern auch das Geschick, die eigene Position auf dem Weltmarkt zu vertreten. Die Aktivitäten der einzelnen Unternehmen sind dabei natürlich von größter Bedeutung. Doch die Aktivitäten allein genügen in der Regel nicht. Die Expansion des eigenen Angebotes muß sowohl durch eine Steigerung der Marketingaktivitäten als auch durch ein geschicktes Aushandeln der Austauschverhältnisse (Paritäten) für die einzelnen Güter mit den Handelspartnern unterstützt werden.

Der wichtigste Punkt für die polnischen Transformationen ist wohl, daß sie nur Erfolg haben können, wenn den Schwächen der politischen Eliten und ihren geringen Kenntnissen auf dem Gebiet der Staats- und Wirtschaftsorganisation eine deutliche Steigerung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Bürger gegenübergestellt werden kann. Die Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten von unten, die vor allem aus der Notwendigkeit der Anpassung an den Markt resultiert, läßt auf die Verselbständigung der Wirtschaft von der Politik hoffen. In dieser Hinsicht haben sich die Maßnahmen der Wirtschaftsreform bisher als erfolgreich erwiesen.

1.2 Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Wirtschaftslage

Unabhängig von den unterschiedlichen Beurteilungen der Wirtschaftslage in Polen läßt sich an den Steigerungen des Bruttosozialprodukts in den Jahren 1990 bis 1997 eine grundsätzliche Entwicklungstendenz in

Richtung wirtschaftlichen Aufschwung aufzeigen. Nach Angaben des Statistischen Amtes gab es in den letzten Jahren folgende Entwicklung des Bruttosozialprodukts:

TAB. 1: Entwicklung des Bruttosozialprodukts in Polen 1990-1997

Jahr	Bruttosozialproduktssteigerung in Prozent
1990	100,0
1991	93,0
1992	95,4
1993	99,0
1994	104,1
1995	111,4
1996	118,1
1997	126,1

Quelle: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 1998 (RSRP), Statistical Yearbook, Warszawa 1998, S. 509
Eigene Berechnungen

In Polen wird daher nicht nur über die Tiefe der Rezession und die Höhe des Produktionsanstiegs gestritten, also über die quantitative Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung, sondern auch über die qualitative Einschätzung. Es ist schwer, eindeutig zu entscheiden, in welchem Umfang die Rezession die Wirtschaft von unwirtschaftlicher Produktion befreit. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Steigerung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch die authentischen Bedürfnisse der Verbraucher bedingt ist. Diese Annahme, die die Andersartigkeit des gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses in Polen im Vergleich mit den in der Geschichte bekannten Wirtschaftskrisen

verdeutlicht, hat sich als richtig erwiesen. Eine Überproduktion als Ursache der Rezession kommt in diesem Fall nicht in Frage.

Die Wirtschaftsreformen in den mittel- und osteuropäischen Ländern resultieren aus einem Produktionsrückgang in der Anfangsphase des Zusammenbruchs der alten Wirtschaftssysteme sowie aus Verwaltungskontrollen und administrativen Verflechtungen der Wirtschaft, die als Grundlage der zentral gelenkten Wirtschaft dienten.

Die Ähnlichkeit der Entwicklung zeigt sich am Beispiel der drei Länder Ungarn, Tschechei und Slowakei sowie Polen, die alle einen konsequenten Aufbau der Marktwirtschaft betreiben. Die Produktion und das Bruttosozialprodukt gehen zurück (vgl. TAB. 2).

TAB. 2: Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Produktion auf dem Weg zur Marktwirtschaft für ausgewählte Länder

Land	Rückgang des Bruttosozialprodukts 1990-1992 in Prozent	Produktionsrückgang 1990-1992 in Prozent
Ungarn	19	30
Tschechei und Slowakei	23	36
Polen	18	32

Quelle: RSRP 1998, Warszawa 1998, S. 673

Eigene Berechnungen

Polen steht derzeit vor der Entscheidung, die Hauptziele der Wirtschaftsreformen aufzuweichen oder den Unternehmen strenge Auflagen für die Reorganisation zu machen. Die durch die Wirtschaftsreformen

bedingte Rezession erfordert eine Reorganisation der Unternehmen, damit Unternehmen entstehen, die in der Lage sind am Markt zu agieren und auf Veränderungen des Marktes reagieren zu können. Nur so kann der allmähliche Aufbau der Märkte und der notwendigen Infrastruktur bewirkt werden. Wenn dies gelingt, wird die polnische Wirtschaft nach einer längeren Anpassungsphase gemäß den Prinzipien der Marktwirtschaft funktionieren.

Neben der aufgezeigten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein deutlicher Unterschied in der Entwicklung des staatlichen und des privaten Sektors festzustellen. Trotz der sich tendenziell abschwächenden Rezession und des Anstiegs der Gesamtproduktion in einigen Wirtschaftsbereichen, ist festzustellen, daß die Gesamtproduktion im staatlichen Sektor weiter sinkt die Gesamtproduktion des privaten Sektors wächst hingegen schnell (vgl. TAB.3).

TAB. 3: Entwicklung der Gesamtproduktion im staatlichen und privaten Sektor 1992-1997 (in Prozent)

Jahr	Produktionsentwicklung	
	im staatlichen Sektor	im privaten Sektor
1992	47,4	52,6
1993	44,6	55,4
1994	42,1	57,9
1995	39,0	61,0
1996	36,6	63,4
1997	30,6	69,4

Quelle: RSRP 1998, Warszawa 1998, S. 529-545

Eigene Berechnungen

Ein weiterer wichtiger Faktor zur Beurteilung der Wirtschaftslage ist die Inflation. Obwohl die Inflation deutlich niedriger ist als in den Jahren 1989/1990 und weiterhin sinkt, ist sie heute immer noch zu hoch. Die Inflation ist der Grund für hohe Kreditzinsen und eins der wichtigsten Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung. Aus dem Blickwinkel der Unternehmen ist die wirtschaftliche Lage lang anhaltend als ungünstig zu bezeichnen. Die starke Erhöhung der Kreditzinsen ließ und läßt trotz steigender Preise im Produzierenden Gewerbe und im Einzelhandel keine entsprechende Erhöhung der Gewinne zu. Zudem stiegen die Preise im Einzelhandel in den letzten Jahren stärker als im Produzierenden Gewerbe (vgl. TAB. 4). Im Jahre 1991 stiegen die Preise im Produzierenden Gewerbe um 35,7% und im Einzelhandel um 60,3%. Für 1997 waren entsprechende Werte von 13,3% und 19,3% zu verzeichnen.

TAB. 4: Entwicklung der Preise 1992-1997 (in Prozent)

Jahr	Produzierendes Gewerbe	Einzelhandel
1991	35,7	60,3
1992	31,3	44,3
1993	34,2	38,1
1994	32,1	32,5
1995	27,2	29,3
1996	19,8	20,1
1997	13,3	19,3

Quelle: RSRP 1998, Warszawa 1998, S. 309-322

Eigene Berechnungen

Neben der Inflation und den Kreditzinsen ist auch das Haushalts-defizit

Gegenstand der öffentlichen Diskussionen. Nach einem kleinen Haushaltsüberschuß im Jahre 1990 wurde die Öffentlichkeit 1991 mit einem großen Haushaltsdefizit überrascht. Das Haushaltsdefizit betrug 1991 3,8% des Bruttosozialprodukts (vgl. TAB. 5).

TAB. 5: Entwicklung des Haushaltsdefizits 1991-1997

Jahr	Haushaltsdefizit in Prozent des Bruttosozialprodukts
1991	3,8
1992	6,0
1993	2,8
1994	2,0
1995	2,4
1996	2,4
1997	1,3

Quelle: RSRP 1998, Warszawa 1998, S. 468

Die Höhe des Haushaltsdefizits wird schon seit längerem kontrovers eingeschätzt. Die Diskussion ist von politischer Argumentation und von Taktik geprägt. In der öffentlichen Debatte fehlt es immer noch an ökonomischer Argumentation, die die Höhe des Defizits zu seinen Ausgleichsmöglichkeiten, zu der Höhe des Volkseinkommens und zum Umfang der Schattenwirtschaft in Beziehung setzen würde. Es ist auch festzustellen, daß das Defizit mit der Staatsverschuldung in enger Beziehung steht. Eine steigende Staatsverschuldung erschwert die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen den im Haushalt festgeschriebenen Einnahmen und Ausgaben.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Beschäftigung. Die hohe Arbeitslosigkeit über 10% ist ein Problem für den Reformprozeß (vgl. TAB. 6).

TAB. 6: Arbeitslosigkeit in Polen

Jahr	Arbeitslosigkeit in Prozent
1991	12,2
1992	14,3
1993	16,4
1994	16,0
1995	14,9
1996	13,2
1997	10,3

Quelle: RSRP 1998, Warszawa 1998,
S. XXXVIII, S. XXXIX

In einigen Regionen Polens liegt die Arbeitslosenquote über 25% und teilweise sogar über 30%. Da dieser Arbeitslosigkeit nur geringe Möglichkeiten zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gegenüber stehen, ist die Wirtschaftsentwicklung regional deutlich schlechter als im Landesdurchschnitt. Bei der Wahl der Gegenmaßnahmen sollte man die Unvermeidbarkeit des Beschäftigungsrückgangs im Verlaufe des Reformprozesses bedenken und sich eher auf langfristige statt auf kurzfristige Gegenmaßnahmen konzentrieren. Die Unvermeidbarkeit der Arbeitslosigkeit auf dem Weg zur Marktwirtschaft belegen die Arbeitslosenzahlen aus Ungarn und der Tschechoslowakei. Während von 1989-1992 die Beschäftigung in Polen um ca. 22% zurückging, sank sie in der Tschechoslowakei um ca. 26% und in Ungarn um ca. 37% (vgl.

TAB. 7).

TAB. 7: Entwicklung der Arbeitslosigkeit auf dem Weg zur Marktwirtschaft

Land	Rückgang der Beschäftigung 1989-1992 in Prozent
Ungarn	-37
Tschechei und Slowakei	-26
Polen	-22

Quelle: RSRP 1998, Warszawa 1998, S. 590

1.3 Die finanzielle Lage der staatlichen Unternehmen

Die wirtschaftlichen Erfolge der staatlichen Unternehmen in den Jahren 1992 und 1993 scheinen darauf hinzuweisen, daß der Tiefpunkt der Rezession überwunden ist. Die Rentabilitätswerte der staatlichen Unternehmen lassen zum ersten Mal seit vier Jahren eine Umkehr des bisherigen Abwärtstrends erkennen (vgl. TAB. 8).

TAB. 8: Rentabilitätsentwicklung des staatlichen Unternehmen

Jahr	Rentabilität der staatlichen Unternehmen in Prozent
1992	4,1
1993	4,5
1994	4,4
1995	4,3
1996	2,9
1997	3,4

Quelle: RSRP 1998, Warszawa 1998, S. 436

Allerdings wächst der Anteil der staatlichen Unternehmen, die Verlust machen. Bereits zu Beginn des Jahres 1991 machten etwas über 30% der staatlichen Unternehmen Verlust. Im Jahre 1992 betrug der Anteil

40% und 1993 fast 50%. Daher müssen die staatlichen Unternehmen in zwei Gruppen eingeteilt werden: einerseits die Unternehmen, die den Transformationsschock relativ gut überstanden haben und seit der Stabilisierung wieder bessere wirtschaftliche Ergebnisse erzielen, und andererseits die Unternehmen, die zu Beginn oder im Verlaufe der Systemtransformation in eine schwierige finanzielle Lage gerieten, die sich dann noch lawinenartig verschlechterte. Die Gründe für die finanziellen Schwierigkeiten dieser zweiten Unternehmensgruppe sind sehr unterschiedlich. Sie bilden eine ständige Gefahr für die Existenz der anderen gewinnbringenden Unternehmen des staatlichen und privaten Sektors, einschließlich für viele Banken, insbesondere für kleinere Genossenschafts- und Privatbanken. Die ständig mit Verlust arbeitenden Unternehmen nutzen die Möglichkeit, ihren ökonomischen Überlebenskampf zu verlängern, indem sie vom Rest der Wirtschaft finanzielle Mittel abziehen. Dies ist nicht positiv zu bewerten, da diese Mittel für unwirtschaftliche Tätigkeiten eingesetzt und verschwendet werden. Diese Mittel fehlen dann den mit Gewinn arbeitenden Unternehmen, um einen weiteren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung zu leisten.

1.4 Grundtendenzen der Beschäftigung

Die Veränderung der Beschäftigung im Verlaufe des Anpassungsprozesses der Unternehmen an die Marktwirtschaft ist als dramatisch zu bezeichnen. Seit 1990 sank die Zahl der Beschäftigten bis heute um fast die Hälfte. Dies führte zu großen Spannungen in der polnischen

Gesellschaft. Zu Beginn des Anpassungsprozesses mußten nicht alle Unternehmen die Zahl der Beschäftigten senken. Wenn dies erfolgte, so zweifellos unter dem Druck der geringer gewordenen Absatzmöglichkeiten und der sich verschlechternden finanziellen Lage der Unternehmen und nicht als geplante Handlung oder Strategie, die aus der Prognose der Marktentwicklung abgeleitet wurde. Daher erfolgte die Anpassung der Beschäftigung an die tatsächlichen Bedürfnisse der Unternehmen in den Branchen, die nicht einer direkten Einwirkung des Marktes ausgesetzt waren, mit Verspätung. Nach zehn Jahren Transformationsprozeß sind jedoch nur wenige Branchen unter diesem Schutz geblieben.

Die Lohnpolitik gehört zu den Bereichen, in denen in den letzten zehn Jahren am wenigsten geschehen ist. Es wurde versucht, die Entlohnungssysteme zu modifizieren. Doch die Ergebnisse sind nicht von Bedeutung. Dies zeigt sich am Beispiel der Nichteinstellung von hochqualifizierten Spezialisten wegen vergleichsweise hoher Löhne. Das ist einer der Gründe, warum den Unternehmen Personal z.B. mit Fremdsprachenkenntnissen, Marketing- und Finanzfachwissen fehlt. Die Hindernisse für die Überwindung der Krise sind in den meisten staatlichen Unternehmen so groß, weil in erster Linie während der Krise Facharbeiter, Konstrukteure, Techniker und Ökonomen entlassen wurden. Personal, das heute dringend benötigt würde.

1.5 Veränderungen der Unternehmensführung

Nach 1990 veränderten sich für die Unternehmensführung sowohl die inländischen wie auch die ausländischen Rahmenbedingungen. Einerseits wurden die Unternehmen als Folge der makroökonomischen Reformen und der notwendigen Anpassung an die Marktbedingungen zum ersten Mal seit 45 Jahren dem Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Die Unternehmensleiter, die Direktoren, wurden so zur Umgestaltung und zur Rationalisierung der Unternehmen gezwungen. Andererseits geriet die Unternehmensführung durch den Zerfall der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei sowie durch die Legalisierung der Gewerkschaft "Solidarnosc" und die dadurch erfolgte Stärkung der Arbeiterräte in die Diskussion. Insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen gab es heftige Diskussionen um die Unternehmensführung, weil diese Unternehmen dem Wettbewerbsdruck in besonderem Maße ausgesetzt sind. Größere Unternehmen mit quasi monopolistischer Marktstellung hatten hingegen wesentlich weniger innere Konflikte, um die Anpassungsstrategien an die neuen Wirtschaftsbedingungen zu formulieren. Diese Unternehmen paßten sich auch viel langsamer den Gegebenheiten der Marktwirtschaft an. Es läßt sich jedoch nicht feststellen, daß der deutliche Produktionsrückgang in den Jahren 1990-1991 vom Streit um die Form der Unternehmensführung verursacht wurde. In diesem Streit bildeten die konkurrierenden Gewerkschaften, die starken Arbeiterräte und die schwachen Unternehmensdirektoren ein "Bermuda-Dreieck", das den Unternehmen die Durchsetzung aus ökonomischer Sicht notwendiger, aber mit unerwünschten gesellschaftlichen Rea-

ktionen verbundenen Veränderungen unmöglich machte.

In der Anfangsphase des Reformprozesses führte der Konflikt zwischen den drei erwähnten Gruppen in kleinen und mittleren Unternehmen zur Herausbildung von radikalen Lösungen. Arbeiterräte und Gewerkschaften akzeptierten im Grunde genommen unsoziale ökonomische Entscheidungen, die für das Überleben der Unternehmen notwendig waren und erläuterten den Arbeitern die Notwendigkeit dieser Entscheidungen. So wurde der Reformprozeß erleichtert und der Einfluß der Kräfte geschwächt, die die Reformen hätten verhindern können.

Diese Tendenz zur Stärkung der Reformen konnte in den letzten Jahren in den meisten staatlichen Unternehmen beobachtet werden. Es folgte eine gewisse Stabilisierung der Macht der Unternehmensleitung und eine Stärkung der wichtigsten Entscheidungsorgane in den Unternehmen. Diese Organe streben die Unabhängigkeit ihrer Entscheidungen von staatlichen Weisungen an. Dies gilt sowohl für die zur Lösung interner Probleme notwendigen Entscheidungen, als auch für Entscheidungen zur Anpassung des Unternehmens an die Politik der Regierung. Die Konflikte zwischen den Arbeitnehmern und den Unternehmensleitung werden jetzt in der Regel im Unternehmen selbst gelöst. Die Zahl der Fälle, in denen staatliche Institutionen um Hilfe zur Lösung unternehmensinterner Probleme gebeten werden, hat deutlich abgenommen.

1.6 Der Privatisierungsprozeß

Für die Mehrzahl der staatlichen Unternehmen ist die Eigentumsumwandlung ein mehr oder weniger langfristiges Ziel. In den meisten staatlichen Unternehmen wird die Eigentumsumwandlung jedoch derzeit nicht direkt angestrebt. Die Stellungnahmen der Direktoren und der Arbeiter sind diesbezüglich zurückhaltend.

Nach der Art und Weise, wie die staatlichen Unternehmen die Privatisierung vornehmen wollen, lassen sie sich in die folgenden fünf Gruppen einteilen:

1. Unternehmen, die keine Eigentumsumwandlung anstreben;
2. Unternehmen, die eine Eigentumsumwandlung ankündigen, aber nicht konkret anstreben;
3. Unternehmen, die erste Schritte zur Eigentumsumwandlung durchgeführt haben;
4. Unternehmen, die weitergehende Schritte bei der Eigentumsumwandlung durchgesetzt haben;
5. Unternehmen, die die Eigentumsumwandlung bereits vollzogen haben.

Die wirtschaftliche Lage der staatlichen Unternehmen beeinflußt die Privatisierungspläne in hohem Maße. Eine eindeutige Beziehung zwischen der wirtschaftlichen Lage eines staatlichen Unternehmens und seinen Privatisierungsplänen läßt sich nicht ableiten. Sowohl eine gute als auch eine schlechte wirtschaftliche Lage können die Privatisierungs-

pläne positiv oder negativ beeinflussen. Die Privatisierungspläne der staatlichen Unternehmen sind von vielen Faktoren beeinflußt und hängen nicht nur von der wirtschaftlichen Lage ab. Der Einfluß anderen Faktoren kann zudem dem Einfluß der wirtschaftlichen Lage überkompensieren. Zwei dieser Einflußfaktoren sind das Ausmaß des Konsens im Unternehmen hinsichtlich der Privatisierung und die Stabilität dieses Konsens. Beide Faktoren hängen wiederum von der Stabilität des Führungssystems und der Qualität der Unternehmensführung ab. Aber auch die Größe des Unternehmens ist eine wichtige Einflußgröße. In einem großen Unternehmen sind die Anforderungen an das Führungssystem und an die Pläne zur Anpassung des Unternehmens an die Bedingungen der Marktwirtschaft größer als in einem kleinen Unternehmen. Ferner ist die Lage der gesamten Branche, in der das Unternehmen tätig ist, für die Privatisierungspläne von Bedeutung, weil die Entwicklung einer Branche die Perspektiven für die Unternehmen dieser Branche widerspiegelt.

Die Privatisierung selbst setzt also durch ihre konkreten Ergebnisse Signale, die den weiteren Privatisierungsprozeß unterstützen oder schwächen. Die Verhaltensweisen der Unternehmen werden vor allem von zwei Wirkungsbereichen beeinflußt:

1. den Wirkungen auf das Kapital und
2. den Wirkungen auf das Meinungsbild.

Sowohl die Wirkungen auf das Kapital als auch die Wirkungen auf das

Meinungsbild haben den Privatisierungsprozeß zu Beginn negativ beeinflußt. Die Wirkungen auf das Kapital waren negativ, weil die Unternehmen die Erfahrung machten, daß mit der Privatisierung auch der Wettbewerb kam und andere Unternehmen ihnen ihre bisher ungefährdete Position am Markt streitig machten. Dies hatte, wenn die Unternehmen ihre Marktposition nicht halten konnten, negative Auswirkungen auf den Kapitalfluß und den Kapitalbestand. Die Wirkungen auf das Meinungsbild verstärkten diese negativen Erfahrungen einiger Unternehmen, indem durch die Verallgemeinerung der Einzelerfahrungen eine für den Privatisierungsprozeß bedrohliche Stimmung geschaffen wurde. Im Verlaufe des Privatisierungsprozesses wurden die negativen Erfahrungen allmählich durch positive Erfahrungen abgelöst. Dies führte zu einem positiven Meinungsbild, wie sich an den Meinungen der Arbeiter belegen läßt. In dem Maße, wie sich die Position der privatisierten Unternehmen am Markt stärkte und sie die Privatisierung weiterer Unternehmen unterstützten, zeigten sich positive Wirkungen auf das Kapital und das Meinungsbild. Es besteht die Möglichkeit, daß sich die positiven Auswirkungen kumulieren und die treibenden Kräfte des Privatisierungsprozesses bilden.

2. Entwicklungstendenzen in Polen

2.1 Die Entwicklung der internationalen Beziehungen

Der eingangs beschriebene Zustand der polnischen Wirtschaft und die für diesen Zustand verantwortlichen Probleme erfordern die Ableitung

einer gezielten Entwicklungsstrategie, die als Grundlage für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Polen dienen kann. Damit Polen zu den wirtschaftlich entwickelten Ländern gezählt werden kann, müssen erhebliche Veränderungen durchgesetzt werden, die die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in Polen entscheidend und nachhaltig verbessern. Folgende Probleme müssen überwunden werden:

1. der Abbau des Produktionspotentials bzw. die Dekapitalisierung;
2. die ökonomische und politische Instabilität, insbesondere der fehlende Unternehmergeist, die Einschränkung der Investitionsneigung und fehlender Kapitalzufluß aus dem Ausland;
3. die spontane gesellschaftliche Meinungsbildung mit einer Orientierung auf kurzfristige Erfolge und der daraus folgende Mangel einer langfristig orientierten Entwicklungspolitik.

Um die wirtschaftlichen Probleme Polens zu lösen und den aus den Problemen entstehenden Gefahren entgegenzuwirken, sollte Polen den Ausbau weltweiter Handelsbeziehungen und vor allem die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) anstreben. Der Ausbau der weltweiten Handelsbeziehungen bildet die wichtigste Komponente der polnischen Entwicklungsstrategie für die nächsten Jahre. Die Voraussetzung für den Ausbau der weltweiten Handelsbeziehungen ist die Fortsetzung des Transformationsprozesses zur Marktwirtschaft. Es muß in Polen eine Marktwirtschaft auf der Basis des Privateigentums

und der Entscheidungsfreiheit entstehen. Abweichungen im Wirtschaftssystem gegenüber den westeuropäischen bzw. westlichen Staaten würde den Ausbau der weltweiten Handelsbeziehungen behindern.

Um den wirtschaftlichen Abstand zu den westeuropäischen Staaten zu verringern bzw. zu überwinden, müssen in Polen folgende Maßnahmen durchgesetzt werden:

1. Schnelle Verwirklichung eines Wirtschaftsaufschwungs.
2. Fortsetzung des Transformationsprozesses zur vollständigen Umgestaltung des Wirtschaftssystems in ein marktwirtschaftliches System, d.h. vor allem Privatisierung der staatlichen Unternehmen, Veränderung des Verwaltungssystems im öffentlichen Sektor, Errichtung eines Banksystems, Ausbau der Güter-, Arbeits- und Geldmärkte.
3. Schaffung einer positiven Meinung in der Gesellschaft für die Reformen als Unterstützung des Transformationsprozesses.

Allerdings muß auch festgestellt werden, daß der polnischen Wirtschaft die Verringerung des Abstandes zu den entwickelten Ländern nicht leicht fallen wird. Den polnischen Bemühungen stehen Entwicklungstendenzen des Weltwirtschaftssystems entgegen. Die Bindung unter den entwickelten Ländern wird immer intensiver. Dies ist ein Tatbestand, der die Einbindung Polens in das Weltwirtschaftssystem behindern könnte. Die immer intensivere Bindung der entwickelten

Länder zeigt sich an folgenden Fakten:

1. Ausbau der technischen Voraussetzungen (durch den Ausbau des Fernmelde- und Verkehrswesens)
2. Ausbau der ökonomischen Voraussetzungen (durch Schaffung ähnlicher Lebensverhältnisse)
3. Ausbau der institutionellen Voraussetzungen (durch Schaffung eines einheitlichen marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems mit Mobilität für Güter, Geld und Arbeitskräfte)
4. Ausbau der sozialen Voraussetzungen (durch Entwicklung der gesellschaftlichen Kommunikation und Angleichung der gesellschaftlichen Strukturen sowie Kulturen)
5. Ausbau der politischen Voraussetzungen (durch Schaffung übernationaler Integrationsgemeinschaften) für eine intensivere Zusammenarbeit der Länder.

Um an dieser immer stärkeren Zusammenarbeit der Länder beteiligt zu sein, hofft Polen auf eine baldige Assoziierung mit der Europäischen Union (EU). An diese Assoziierung knüpft Polen folgende Erwartungen:

1. Eröffnung des Zugangs zu einem großen Markt,
2. Erleichterung des Zugangs zu Investitionskapital,
3. Druck auf die eigene Industrie und Landwirtschaft Modernisierungen durchzuführen, um wettbewerbsfähig zu werden.

Die Assoziierung mit der Europäischen Union (EU) wird Polen zwingen seine Wirtschaftspolitik liberaler zu gestalten und die "vier Freiheiten", den freien Zufluß von Waren, Kapital, Technologien und Arbeit, zu verwirklichen. Die Öffnung des polnischen Marktes für Importe ist eine wichtige Maßnahme gegen Direktinvestitionen aus dem Ausland. Andererseits bringt die Öffnung des polnischen Marktes für ausländische Waren und Dienstleistungen einen erheblichen Wettbewerbsdruck für die polnischen Unternehmen mit sich. Die polnische Wirtschaft wird sich auf die Produktion der Güter konzentrieren müssen, die sie kostengünstiger herstellen kann als das Ausland und mit denen sie sich folglich als wettbewerbsfähig erweisen kann. Der Weg dahin, wird für einen großen Teil der polnischen Wirtschaft ein "Weg durch Ruinen" sein. Es wird ein Weg sein, der gesellschaftspolitische Folgen haben wird. Die polnische Landwirtschafts-, Industrie- und Handelspolitik können daher gezwungen sein, zum Schutze ausgewählter Wirtschaftsbereiche vor dem Wettbewerbsdruck stärkerer Konkurrenten aus dem Ausland, bestimmte Entwicklungs- und Förderungsmaßnahmen zu treffen.

Im Bereich der Handelspolitik sollte Polen die Strategie verfolgen, Schutzschranken gegen gewaltsames Ruinieren der polnischen Industrie aufzubauen. Ein besonders wichtiges Aktionsfeld bildet die Importpolitik. Eine weitere Öffnung für Importe sollte ein langfristiges Ziel sein. Bereits jetzt eine weitere Öffnung für Importe zu zulassen, wäre ein Fehler, der die Unternehmen und Wirtschaftszweige mit geringer

Wirtschaftlichkeit in den Ruin treiben würde. Es wäre besser, eine Strategie der langfristigen, allmähliche Öffnung der Wirtschaft nach außen zu verfolgen, die durch eine Synchronisation der Handels- und Industriepolitik abgesichert wird.

Polen ist durchaus daran interessiert, daß Kapital und moderne Technologien ins Land kommen. Das Problem ist nur, den polnische Markt für das ausländische Kapital attraktiv zu machen. Wie dies erfolgen soll, ist nicht sicher. Zudem möchte man eigentlich mehr fremdes Kapital als ausländische Waren ins Land holen, um der Industriepolitik eine Chance zu geben.

Im allgemein wird in Polen die These vertreten, daß die Entwicklung nur mit Hilfe des Auslandes erfolgen kann, die den Abbau der Verschuldung und die Sicherung des Zustroms ausländischer Investitionen sicherstellt. Ich teile diese Meinung nicht. Meiner Meinung nach muß die Entwicklung vor allem mittels der maximalen Ausnutzung der polnischen Potentiale angestrebt werden.

Ausländisches Kapital ist sicherlich notwendig und es sollte auch für Polen erschlossen werden. Doch die Entwicklung des Landes muß auf der Basis des polnischen Kapitals erfolgen. Man muß in Polen Investitionen anregen, indem stabile, wenn nicht sogar garantierte Bedingungen für Steuerermäßigungen und Kredite geschaffen werden. Das ausländische Kapital sollte keine privilegierte Stellung erhalten und die Investitionsbedingungen sollten für alle Unternehmen prinzipiell gleich

sein. Unterschiede dürfen nur hinsichtlich der strukturellen Konzeption bestehen.

Im Bereich des freien Zustroms von Arbeitskräften liegt das größte Problem für Polen. In den nächsten Jahrzehnten wird Polen aus demographischen Gründen ein Land mit einem großen Zuwachs an Arbeitskräften sein. Die Arbeitskräfte werden sowohl in Polen als auch im Ausland Arbeit suchen. Es kann jedoch nicht damit gerechnet werden, daß diese Arbeitskräfte auf dem europäischen Arbeitsmarkt Beschäftigung finden. Dieser Markt hat bereits Probleme mit der Arbeitslosigkeit und dem Zustrom billiger Arbeitskräfte aus weniger entwickelten Ländern. Der Überschuß an Arbeitskräften wird somit vermutlich in Polen zum Hauptproblem des langfristigen Entwicklungsprozesses.

2.2 Die Varianten der Entwicklungsstrategie

Die bisherigen Ausführungen lassen erkennen, daß es für eine Entwicklungsstrategie der polnischen Wirtschaft drei Varianten gibt:

1. Variante: Die passive Nachahmung der Entwicklungsstrategie hochentwickelter Länder.

Diese Strategie ist zwar unerwünscht, aber möglich. Sie wird in Polen nicht aus rationalen Erwägungen abgelehnt, sondern von den gegenwärtigen politischen Kräften unterdrückt.

2. Variante: Die individuelle Überwindung der globalen Entwicklung-

stendenz und der Abstandsvergrößerung zu den entwickelten Ländern.

Bei der Verfolgung dieser Strategie kann die Analyse der Erfahrungen, die andere Länder, insbesondere südostasiatische Länder mit ihr gemacht haben, behilflich sein, um die Möglichkeiten aufzuzeigen, die sie Polen bietet.

3. Variante: Antizipation der Ergebnisse der globalen Entwicklung, die zur Einschränkung des ökonomischen Aufschwungs in den entwickelten Ländern führt und so den Abstand zwischen reichen und armen Ländern verringert.

Diese Strategie könnte eine leichtere Angleichung der ökonomischen Bedingungen in Polen und Westeuropa bewirken. Die Variante ist jedoch unrealistisch, weil sie eine Umkehr der bisherigen Verhaltensweisen voraussetzt.

Die zweite Variante ist realistisch und die vermutlich geeignetste. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Suche nach eigenen Lösungen und auf der Stimulierung des ökonomischen Aufschwungs im eigenen Land. Die Notwendigkeit, die Rückständigkeit zu überwinden, erfordert einen schnellen und dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung. Unentbehrliches Element dieser Entwicklungsstrategie ist die Schaffung einer effizienten Produktionsstruktur. Um eine allmähliche Verringerung des Wirtschaftsniveaus zwischen Polen und Westeuropa zu bewirken, muß der wirtschaftliche Aufschwung so stark sein, daß ein jährlicher

Zuwachs des Bruttosozialprodukts von mindestens 5 % erreicht wird. Um dieses Wachstums zu gewährleisten, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

1. Gewährleistung eines hohen Anteils der Investitionen am Bruttosozialprodukt von mindestens 15%,
2. Vorrang für Ausgaben in das Bildungswesen und für die Förderung der Wissenschaft,
3. Sicherung eines hohen Auslastungsgrades der vorhandenen Potentiale,
4. Sicherung einer entsprechenden Zunahme der Nachfrage bei Verhinderung von Ungleichheiten hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensverhältnisse,
5. Sicherung einer dauerhaften Expansion der Exporte,
6. Reduzierung der Inflation auf eine einstellige Zahl und
7. Sicherung von Arbeitsplätzen für neue Arbeitskräfte durch eine entsprechende Arbeits-, Agrar- und Investitionspolitik, um Massenarbeitslosigkeit, Massenemigration zu verhindern und der Jugend einen Start ins Berufsleben zu sichern.

フーベルト・ブロンク

『市場経済へ向かうポーランド』の概要

久保田 英 夫

商学会では、ポーランド・シュテツェイン大学教授フーベルト・ブロンク氏をお招きして、昨年11月9日と14日に『市場経済へ向かうポーランド』と題して本学学生に講演していただいた。また、11月13日には本学教員との意見交換の場もたれた。今回、講演のために同氏が準備された論文をご寄稿いただいたので、本誌に掲載することとした。ただし、講演は時間的制約のため一部（主として原文260頁から267頁まで）割愛された。

なお、ブロンク教授の略歴は次の通りである。

1940年生まれ。

1990-93年 シュテツェイン (SZCZECIN) 大学交通情報学部学部長。

1993-99年 同大学学長。

現在、同大学サーヴィス・経営学部教授、経営学、交通経済、マクロ経済学を講義。国際交通・輸送連盟ウエストポンメルン地区会長。

1989年秋頃から、東欧諸国の社会主義体制の崩壊とベルリンの壁の解放（1989年11月9日）、ソヴィエト連邦の崩壊（1991年12月8日）という一連の社会主義崩壊の過程が続いたことは、NHK スペシャル『社会主義の20世紀』（第1～5巻、日本放送出版協会）に詳述されている。

ポーランドは、現在、市場経済の途上にあるが、その改革過程の中での問題点をいくつか指摘したのが本論文である。その概要は、以下の通りで

ある。

論文第1部『経済・社会的状態』は、社会主義経済体制から市場経済体制へ移行の途上にあるポーランドの状態について統計数字をもちいて説明している。

第1表『ポーランドにおける国民総生産の発展 1990-1997年』は、ポーランドの経済状態について、種々の異なる評価があるが、方向として経済発展の傾向にあることを示している。しかし、移行期の一時期には、第2表『市場経済への途上にある諸国(ハンガリー、チェコとスロバキア、ポーランド)の国民総生産と生産の発展』においてみられるように、1990年から1992年まで、これらの国の生産と国民総生産は、ともに類似した減少を示している。

さらにポーランドにおいて、第3表『国営セクターと民営セクターにおける総生産の発展 1992-1997年』では、明らかな相違が確認される。傾向としては弱まりつつある景気後退といくつかの経済部門における総生産の増大にもかかわらず、国営セクターにおける総生産は、さらに低下し、それに反して、民営セクターの総生産は、急速に成長している。

経済状態を評価するための重要な要素は、インフレーションである。インフレーションは、1989/1990年の年々にくらべて、明らかに低く、また、さらに低下しているが、しかし、今日、なお非常に高い状態にある。インフレーションは、高い諸金利の原因であり、経済発展をさまたげる阻害要因の一つである。企業の立場からみると、経済状態は、長い間ずっと、よくないままの状態にあるといえる。諸金利の強い上昇は、製造業や小売業における物価上昇にもかかわらず、それに見合った利益の上昇をこれまでもたらしていない。

第4表『物価の上昇 1992-1997年』にみられるように、近年、小売業に

おける物価は、製造業におけるよりも一層強く上昇した。1991年に製造業における物価は、35.7パーセント、小売業では60.3パーセントだけ上昇した。1997年に対しては、これらの物価は、それぞれ13.3パーセントと19.3パーセントであった。

インフレーションと金利のほかに、国家財政赤字も問題にされている。第5表『財政赤字の発展 1991-1997年』によれば、1990年に僅かの財政黒字の後で、1991年に大幅の財政赤字になり、国民総生産の3.8パーセントの額に達した。

さらに雇用については、第6表『ポーランドにおける失業』が示すように、10パーセントを越える高い失業率は、改革過程にとって問題になっている。ポーランドの2～3の地方において、失業率は、25パーセントを越え、さらに一部においては、30パーセントを越えるところすらある。こうした失業に対して、新しい職場を創り出す可能性がとても低いために、経済発展は、諸州の平均にくらべて、地方では明らかに劣悪である。失業対策の選択にあたっては、短期的対策より、むしろ長期的対策に専念すべきである。市場経済への移行期における失業の不可避性は、ハンガリーとチェコスロバキアの失業者数によって確認されている。

第7表『市場経済への途上にある失業の発展』が示すように、1989年から1992年までの間、ポーランドの雇用は、約22パーセント減少したが、チェコスロバキアでは約26パーセント、ハンガリーでは37パーセント減少している。

論文第2部は、『ポーランドにおける発展の傾向』という表題で、はじめに、国際経済諸関係の発展において、ポーランドが経済的に先進国の一つに数えられうるためには、相当の諸変革が押し進められなければならないこと、これらの諸変革を通じて、はじめて、ポーランドの社会的・経済的

諸条件が、決定的にまた持続的に改善される、と主張している。そのためには、(1)生産能力の拡大の必要性、(2)経済的ならびに政治的不安定性の克服、特に、企業家精神の欠如、投資性向の制約、外国からの資本流入の欠如などを克服すること。(3)社会の考え方を市場経済の方向へと転換すること、すなわち短期的成果と長期的な目標をもった開発政策の樹立の必要性を挙げている。

また、ポーランドは、世界的な貿易諸関係の拡充をはかり、とりわけ欧州連合 (EU) の構成員になるよう努力すべきである。世界的な貿易諸関係の拡充は、これから数年間、ポーランドがとるべき経済発展のための戦略の最も重要な構成要素である。そのためには、市場経済への移行過程をこれからも継続していくことである。西ヨーロッパ諸国に対する経済的差異 (所得格差など) を減少させ、また克服するためには、次に挙げる措置が推進されなければならない。

- (1) すみやかな景気上昇の実現
- (2) 経済体制を市場経済体制へ完全に変革するための移行過程を引き続き持続すること、とりわけ、国営企業の民営化、公的セクターにおける管理システムの変革、新しい市場経済のための銀行制度の設立、新しい商品市場、労働市場、金融市場の形成。
- (3) 市場経済への移行過程を支えるものとして、諸改革を支持する肯定的な考え方の形成

しかしながら他方、ポーランドの努力にもかかわらず、世界経済体制の発展傾向が障壁になっている。先進諸国間の結びつきは、ますます強化されている。このことは事実 (構成要件) であり、それが、ポーランドを世界経済体制へ編入させることを妨げる^{ハードル}要素にもなりうる。先進諸国相互間のますますの結びつきの強化は、次の諸事実に現われている。それは、次

のようなものである。

- (1) 遠隔通信施設及び交通体系の拡充による技術的前提条件の拡大
- (2) 類似した生活環境を創造することによる経済的前提条件の拡大
- (3) 商品、金融および労働力に対して、統一的市場経済体制を創造することによる制度的前提条件の拡大
- (4) 社会的コミュニケーションの発展と文化のような社会的構造の同化による社会的前提条件の拡大
- (5) 超国家的な統一共同社会を作ることによる諸国間での強力な共同作業のための政治的前提条件の拡大

こうしたますます強まる諸国の共同作業に参加するために、ポーランドは、間もなく欧州連合 (EU) に加盟することを期待している。またこの加盟によって、次の点に期待を寄せている。

- (1) 大市場への門戸の開放。
- (2) 外国からの投資資本のポーランドへの流入が容易になること。
- (3) ポーランドが国際的競争力をもつために、EU への加盟が国内の若干の工業と農業の近代化を達成するための圧力になること。

欧州連合への加盟は、ポーランドにその経済政策をリベラルにすることと4つの自由、すなわち商品、資本、技術及び労働の自由化の実現を強要するであろう。ポーランド市場を輸入品に対して開くことは、外国からの直接投資に対する重要な措置である。他方、ポーランド市場を諸外国の商品やサービスに対して開くことは、ポーランドの企業に相当の競争圧力をもたらす。商業政策の領域において、ポーランドは、自国の工業の横暴な破壊に対抗するための諸制限を構築する戦略を追求すべきである。このための特に重要な行動分野は、輸入政策である。さらに、輸入品に対して、一層、市場を開放することは、長期的目標となるべきである。今直ぐに輸

入品に対して、さらに一層の市場開放を許容することは、誤りであり、それは、やりくりのうまくいかない諸企業や経済部門を崩壊へと追いやることになるであろう。したがって、長期的および漸次的な経済の解放（自由化）を追求する戦略のほうがよいのではないか。そして、この戦略は、商業政策と工業政策の同期化（Synchronisation）によって守られる。

ポーランドは、資本と最新の技術が自国へ導入されることに強い関心をもっている。問題は、諸外国の資本に対して、ポーランド市場を魅力あるものにするだけのことであるが、これが、どのように実現されるべきか、確かではない。さらにポーランドでは、本来、工業政策にチャンスを与えるために、外国からの商品よりも、むしろ資本を導入したいと望んでいる。『開発戦略の種々の可能性』においては、ポーランド経済のための三つの可能性、例えば、高度に発展した諸国の開発戦略の受動的模倣、グローバルな発展傾向と先進諸国との格差の拡大の個別的克服などが挙げられている。これらの開発戦略の諸可能性を確かなものにするには、次のような条件が満足させられなければならないとして、

- (1) 国民総生産に占める投資割合が、最低15パーセントの高さを実現する。
- (2) 教育における支出と科学振興のための支出を優先させる。
- (3) 現存する諸潜在能力の高い水準を確保する。
- (4) 所得状況や資産状況について不均等を阻止する場合、それ相応の需要の増加を確保する。
- (5) 輸出の持続的な拡大の確保。
- (6) インフレ（物価騰貴）率を一桁台^{けた}に減少し、
- (7) 大量失業と大量の国外移住を阻止するために、それに対応する労働政策、投資政策によって、新しい労働力に対する職場を確保し、若い

人達が職業生活へ向けてスタートできるようにする。

以上が論文の概要である。ポーランドが、今日、直面している状態と諸問題が明らかにされており、また解決されなければならない市場経済へ向けての課題も明示されている。